

Stop der Zensur im Internet

Freiheit im Internet weltweit befördern

Positionen:

1. Jährliche Aufstellung einer schwarzen Liste von Ländern, die die Freiheit im Internet einschränken
2. Minimumstandards für IT-Unternehmen, die in autoritären Staaten geschäftlich aktiv sind
3. Europäische Anbieter von Suchmaschinen sollen keine eigene IT-Infrastruktur in Staaten der schwarzen Liste betreiben dürfen, so dass sie auch nicht durch die jeweilige nationale Gesetzgebung gezwungen werden können, Nutzerdaten herauszugeben
4. Entwicklung und Verbreitung von Anti-Zensur-Technologien und -Dienstleistungen
5. Eine Überprüfung der Menschenrechtssituation bei Exporten in Ländern, die die Freiheit im Internet beschneiden
6. Einstufung von Internetzensur als internationales Handelshemmnis

Beschreibung:

Autoritäre Staaten wie Weißrussland, Burma, die Volksrepublik China, Kuba, Ägypten, Äthiopien, Iran, Nord Korea, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien, Turkmenistan, Usbekistan und Vietnam üben Zensur im Internet durch Sperren von Websites, den Einsatz von Filtern und die systematische Einschüchterung von Internetnutzern durch eine "Cyber Police" und verpflichtende Registrierung. Es bedarf internationaler Anstrengungen, um dem Druck irgendwelcher Despoten entgegenzutreten und die Freiheit des Internet zu schützen. Es gilt außerdem, mehr Transparenz zu schaffen, was die Beihilfe von Internetbetreibern zur Zensur betrifft. Auch in demokratischen Staaten gibt es mehr und mehr die Tendenz, die Freiheit im Internet zu beschneiden, obwohl man die Freiheit der Meinungsäußerung auch im Internet hoch halten und fördern sollte. Grund- und Menschenrechte gilt es auch online zu schützen.

Der "Global Online Freedom Act (GOFA)" wurde erstmals als US-Gesetzgebung im Jahr 2006 im Kongress vorgeschlagen - als Reaktion auf Berichte, die einen Zusammenhang nachgewiesen hatten zwischen der Zensur und Kontrolle des Internet durch Unternehmen und der Verfolgung von Dissidenten, die ihre politischen Positionen im Internet verbreitet hatten.

Das Gesetzespaket zum EU GOFA wurde 2008 von den EU-Abgeordneten Christofer Fjellner (EVP, Schweden), Edward McMillan-Scott (EVP, GB), Paulo Casaca (SPE, Portugal), Stavros Lambrinidis (SPE, Griechenland), Jules Maaten (ALDE, Niederlande), Karin Riis Jorgensen (ALDE, Dänemark), Henrik Lax (ALDE, Finnland), Frithjof Schmidt (Grüne, Deutschland), Eva Lichtenberger (Grüne, Österreich) vorgeschlagen.

Unterstützt wird die Initiative von den Menschenrechtsorganisationen Reporter ohne Grenzen, Freedom House, International Press Institute und dem Humanistischen Institut für Entwicklungszusammenarbeit (Hivos).